



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Franz, Julius: Friedrich der Große und der Ursprung des siebenjährigen
Krieges : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Friedrich der Große und der Ursprung des sieben-jährigen Krieges

Von Julius Franz

(Schluß)



Es war vorauszusehen, daß Lehmanns Buch, das mit so „großen Ansprüchen“ auftrat, unsre Kenntnis über eines der wichtigsten und interessantesten Gebiete der vaterländischen Geschichte nach vielen Richtungen bereicherte und die bisherige Auffassung eines wichtigen Abschnittes der preußischen Geschichte umstürzte, in den Kreisen des gebildeten Publikums großes Aufsehen erregen, in der wissenschaftlichen Welt aber den lebhaftesten und entschiedensten Widerspruch finden würde. In der That hat die geschichtliche Forschung die Beweisführung Lehmanns fast durchweg abgelehnt und in einer Fülle von Gegenschriften die Methode seiner Arbeit, seine schrankenlose Willkür in der Bewertung der Quellen aufs schärfste verurteilt. Für ihn sind außer einigen seiner Schüler nur Delbrück und der ultramontane Historiker Otto Klopp eingetreten.

Für einen Mann von der Vergangenheit Klopps verstand sich das von selbst, und es kann nicht überraschen, wenn sich der im Dienste der Cumberland's altertschwach gewordne Publizist am Schluß seiner Besprechung des Lehmannschen Werkes zu dem Worte bekennt: *Le nouveau roi de Prusse est un mal-honnête homme et un fourbe*. Delbrück hat es in scharfsinnigen, geistvollen Darstellungen unternommen, das, was Lehmann zu beweisen mißlungen ist, auf neuen, wesentlich abweichenden Wegen zu beweisen. Während man aus Lehmanns Schrift den Eindruck gewinnt: er kann den König nicht leiden, erscheint Friedrich bei Delbrück „nun erst mit vollem Rechte“ als Staatsmann von überwältigender Größe. Während dort die Eroberung Sachsens eine Verletzung des Völkerrechts einschließt, wird hier die völkerrechtliche Befugnis des Königs betont, dem drohenden Angriffe zuvorzukommen. Außerdem wird hier — im Gegensatz zu Lehmann, der es dem König augenscheinlich übel nimmt, daß „sein Herz nur für Preußen schlug“ — die durch den siebenjährigen Krieg geschene Schöpfung des „preußischen Vaterlands“ rückhaltlos anerkannt. Von Delbrücks psychologischer Methode läßt sich

Grenzboten III 1896

sagen, daß sie zwar äußerst bestechend, aber, weil sie die von Lehmann geschaffnen Grundlagen als zuverlässig angesehen hat, keineswegs überzeugend wirkt.

Lehmann giebt im ersten Abschnitt seines Werkes eine vortreffliche, überall zutreffende Übersicht über die militärische und finanzielle Lage Preußens und Oesterreichs in den Jahren 1745 bis 1756, wobei er zu dem Schluß kommt, daß Friedrich seiner Gegnerin in Bezug auf Geld- und Armeeverhältnisse weit überlegen war. Die Thatsache war längst bekannt, aber sie wird hier durch neue, aus den Wiener Archiven geschöpfte Nachrichten in interessanter Weise beleuchtet und bestätigt. Weiter sucht Lehmann den wichtigen Nachweis zu liefern, daß der König schon am 17. Juni zu rüsten begonnen habe, daß Ende des Monats mehr als die Hälfte seines Heeres mobil gewesen sei, daß dagegen in Wien erst am 8. Juli die Rüstungskommission zusammengetreten sei.

Abgesehen nun davon, daß die Priorität der preußischen Rüstungen nicht die Frage zu entscheiden vermag, ob sie zur Verteidigung oder zum Angriff unternommen waren, darf billig bezweifelt werden, daß die Vorbereitungen des Königs schon eine wirkliche Mobilmachung gewesen seien. Die von Lehmann zum Beweis herangezogenen Thatsachen sind so winzig, daß ihnen keine überzeugende Beweisraft zugesprochen werden kann; auch der Garnisonwechsel der pommerischen und brandenburgischen Regimenter nicht, um so weniger, als damit keine Dislokation der Truppen nach der österreichischen Grenze verbunden war. Der Garnisonwechsel war eine Demonstration gegen Rußland, er sollte diesem gering geachteten Feinde, der auch nach Lehmann zuerst mit den Rüstungen begonnen hatte, klar machen, daß Preußen auf der Wacht sei. Wenn Lehmann weiter behauptet, daß Ende Juni bereits mehr als die Hälfte des preußischen Heeres mobil war, so will Naudé demnächst auf Grund neuer archivalischer Forschungen in Wien, Berlin, Darmstadt, Zerbst, Paris, London, Budapest den attemmäßigen Nachweis führen, daß um diese Zeit kein einziges preußisches Regiment kriegsbereit war.

Daß den Kriegsvorbereitungen Friedrichs auch am Wiener Hofe, wo man über die Vorgänge in Preußen stets gut unterrichtet war, keine besondre Bedeutung beigemessen worden ist, zeigt, um mit Lehmann zu reden, der langsame, schleppende Gang der Gegenmaßregeln, die dort getroffen wurden. Bekanntlich hatte der preußische Gesandte in Dresden, von Malzbahn, einen sächsischen Kanzlisten namens Menzel bestochen, daß er ihm die bei seinem Chef, dem Minister Graf Brühl, einlaufenden Gesandtschaftsberichte abschrieb und auslieferte. Durch Menzel erhielt Friedrich zuerst Kunde von den Absichten des russischen Hofes. Die Zarin werde Oesterreich hilfreich beispringen, wenn es von Preußen oder Frankreich angegriffen werden sollte. Brühl möge nach Petersburg die Nachricht gelangen lassen, daß der König von Preußen die Kosaken der Ukraine zum Aufstand aufreizen lasse. Bestuscheff habe Preußen den Untergang geschworen usw. Aber diese Antriebe zeigten doch nur, wie weit

man eigentlich noch von Thaten entfernt war. Nimmt man hinzu, daß Mitte Juni aus der geheimen Dresdner Quelle ein Bericht des sächsischen Gesandten in Wien eingelaufen war, wonach der französisch-österreichische Vertrag in Petersburg sehr verstimmt hatte, so scheint es nur natürlich, daß Friedrich um diese Zeit an seinen Gesandten in Wien schrieb, es scheine ihm, daß dieses Jahr noch friedlich verlaufen werde.

Aber jeder Tag brachte neue beunruhigende Nachrichten. Am 17. Juni traf der englische Kurier Bollock aus Petersburg in Berlin ein und meldete, daß von Narwa bei Riga und Mitau alle Straßen mit marschierenden Truppen bedeckt seien, und daß in Petersburg das Gerücht umlaufe, Rußland wolle im Verein mit Österreich Preußen angreifen. Noch an demselben Tage langte eine Nachricht über österreichische Rüstungen aus Wien an, und der Oberpräsident von Schlesien, Schlabrendorff, berichtete aus Breslau, daß Tag und Nacht an der Befestigung von Olmütz gearbeitet werde, daß man Vorbereitungen zur Bildung von Magazinen treffe, daß die ungarische Kavallerie Marschordre nach Mähren erhalten habe, und einige Regimente schon auf dem Marsche seien.

Auf diese Nachrichten hin, die Lehmann in seinem Buche gar nicht erwähnt und an einer andern Stelle — in einer Entgegnung an seine Kritiker — für falsch oder für unverständlich und sogar für kindischen Klatsch des preußischen Gesandten in Wien erklärt, begann Friedrich in der Stille mit Kriegsvorbereitungen.

Freilich widersprechen einander die Nachrichten, die wiederholt über die Rüstungen der Gegner einliefen — hatte doch noch Malzahn in einem Bericht vom 18. Juni das österreichisch-russisch-französische Bündnis als höchst zweifelhaft hingestellt —, auch waren die Mitteilungen nicht selten unbeglaubigt und unbestimmt; aber gerade die Häufigkeit der Meldungen mußte in dem argwöhnischen Gemüte des Königs die Überzeugung wachrufen, daß ein Bündnis im Entstehen, ein Angriff auf Preußen geplant sei. In dieser Auffassung wird man bestärkt, wenn man erwägt, daß Friedrich in Maria Theresia und Kauniz Feinde hatte, die alles aufboten, das verlorne Schlesien wiederzugewinnen, und daß die eifersüchtigen Nachbarstaaten seinen und seines Reiches Sturz mit Genugthuung begrüßt haben würden.

Nachdem Lehmann im zweiten Abschnitt die allgemeine politische Lage im Juni 1756 geschildert hat, schließt er mit dem Hinweis auf die österreichische Sorge vor einem preußischen Überfall. Er benutzt hierzu hauptsächlich die geheime Denkschrift „eines der besten Kenner des österreichischen Seerwesens,“ des Kabinettssekretärs Baron Koch, die der Kaiserin etwa am 16. Mai überreicht wurde, und worin sie gebeten wird, „wenigstens einige Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen.“ Also: die am 17. Juni beginnenden Rüstungen Preußens geben schon im Monat Mai Koch zu ernstest Befürchtungen Veranlassung!

In Wahrheit liegt die Sache so, wie Naudé aus den Wiener Militärakten nachgewiesen hat: Österreich betrieb seine Rüstungen im April, Mai und Juni im geheimen und führte sie im Juli und August offen und mit großer Eile und Energie weiter, nicht, wie Lehmann meint, der übrigens dieselben Wiener Akten benutzt hat, erst seit dem 8. Juli und dann auch noch langsam und schwerfällig. Die Denkschrift Kochs giebt nun bezüglich der schon im Gange befindlichen geheimen Angriffsrüstungen einige vortreffliche Ratschläge, die von der Kaiserin sofort angenommen wurden, und nach denen dann auch verfahren worden ist. Aber selbst die offenen und umfassenden Rüstungen Österreichs seit dem 8. Juli sind nicht durch die preußische Mobilmachung im Juni veranlaßt worden. Auch das hat Naudé kürzlich in eingehender Darstellung nachgewiesen. Über die geheimen Rüstungen Österreichs giebt unter anderm auch ein an das Versailler Kabinett gerichteter Bericht des französischen Gesandten in Wien, Aubeterre, Auskunft, eines gewandten, einsichtsvollen Diplomaten. Aus ihm geht unzweifelhaft hervor, daß bereits im Juni in Böhmen und Mähren besetzte Lager angelegt wurden. Was aber der französische Geschäftsträger über die Rüstungen in Erfahrung gebracht hat, wird auch dem preußischen Gesandten nicht entgangen sein. Mochten diese Mitteilungen nun objektiv wahr oder falsch sein, niemand wird es dem Könige verübeln, daß er daraus für sich die nötigen Folgerungen zog.

Nach Lehmanns Auffassung war die politische und militärische Lage Friedrichs vor dem siebenjährigen Kriege so günstig gewesen, daß der König in der freudigen Hoffnung, Sachsen zu erobern, den Krieg habe beginnen können. Durch seinen Anschluß an England habe er seinen geldbedürftigen Feinden dessen reiche Hilfsmittel entzogen. Frankreich und Rußland seien nicht besonders zu fürchten, und Österreich sei mit diesen Mächten nur zur Verteidigung verbunden gewesen. Außerdem sei im Gegensatz zu der *Histoire de la guerre de sept ans* in der 1757 verfaßten Apologie der Nachweis von höchster Wichtigkeit, daß der König im Sommer 1756 „unmöglich das Dasein einer allgemeinen Verschwörung habe annehmen können.“

Aber der angebliche Widerspruch zwischen beiden Zeugnissen ist, wie schon Pruz überzeugend dargelegt hat, gar nicht vorhanden. Die betreffenden Stellen „stehen vielmehr mit einander in größter Übereinstimmung und ergänzen und erläutern einander aufs beste.“ Die Apologie, im Juli 1757 unter dem Eindruck der durch die Kolliner Niederlage herbeigeführten schweren Krisis geschrieben, sucht angesichts der drohenden verhängnisvollen Wendung die Handlungsweise des Königs in den Augen seines eignen Volkes zu rechtfertigen. Nach einer zusammenfassenden Darstellung der diplomatischen Verhandlungen und der militärischen Rüstungen betont er mit Recht, daß er nicht habe voraussetzen können, Frankreich werde sich in einen seinen Interessen völlig entgegen gesetzten Krieg stürzen, und nennt ganz richtig den Versailler Vertrag vom

Jahre 1756 de sa nature défensive, während er ebenso richtig in der bald nach Beendigung des Krieges verfaßten Histoire, in der, wie es Ranke treffend ausdrückt, der „militärisch-didaktische Gesichtspunkt“ vorherrscht, rückblickend und den Gang der Entwicklung darstellend, in diesem Vertrage die eigentliche Ursache des Krieges erkennt.

En un mot, comment pouvais-je deviner, que les Anglais m'abandonneraient? — so schließt er den Passus in der Apologie. Also: die wirkliche Ursache der unerwartet übeln Lage, in die er geraten ist, ist die verkehrte englische Politik, die in keinem Punkte seinen Erwartungen entsprach. Und dem zufolge ist ihm in der Histoire das wichtigste die Beantwortung der Frage, wie er zu dem Abschluß seines Vertrages mit diesem treulosen Albion gekommen sei.

Die Betrachtungen Friedrichs über die militärische und finanzielle Unfertigkeit seiner Gegner können auf keinen Fall beweisen, daß er sich durch seine Absichten auf Sachsen in seinem Entschluß, den Gegnern zuvorzukommen, habe bestimmen lassen. Allerdings bestanden im Sommer 1756 gegen Preußen nur Verteidigungsbündnisse. Erwägt man aber, daß Rußland ein Angriffsbündnis mit Österreich erstrebte, während dieses mit allen erdenklichen Mitteln den Abschluß eines solchen mit Frankreich betrieb, vergegenwärtigt man sich, daß auch der erste Versailler Vertrag nach den Äußerungen des Herzogs von Broglie in dessen kürzlich erschienenem Buche: *l'Alliance autrichienne* in der That nur en apparence defensiv war, bedenkt man weiter, daß den Memoiren des Kardinals Bernis, auf die Lehmann seine Behauptung stützt, daß sich König Ludwig nimmermehr zu einem Angriff auf Preußen verstehen werde, keineswegs zu trauen ist — in jenen Tagen war vielmehr die Stimmung in Paris für den Abschluß eines Angriffsbündnisses gerade sehr günstig —, macht man sich endlich klar, daß Friedrich in dem Augenblick, wo er das Schwert zog, aller Bundesgenossen entbehrte (Englands Hilfe war gewiß nicht hoch anzuschlagen), nachdem er noch 1753 nur einen Krieg für aussichtsvoll erklärt hatte, worin ihm ebenso viel Bundesgenossen zur Seite ständen wie dem Gegner — stellt man alle diese Dinge zusammen, so wird man sich nicht der Überzeugung verschließen können: der König ist lediglich durch die bange Sorge, in einen Krieg verwickelt zu werden, zu Rüstungen und schließlich zum Angriff bewogen worden. Diese Sorge — von freudiger Stimmung kann gar keine Rede sein — spricht nicht nur aus den Briefen des Königs an seine Schwester, die Markgräfin von Baireuth, sie beherrschte auch des Königs Politik in jenen Jahren beständig und veranlaßte ihn zum Abschluß der verhängnisvollen Convention von Westminster.

Wie seltsam haben sich doch damals die Wege der europäischen Diplomatie verschlungen! Seit dem Frühjahr 1755 hatte Friedrich Frankreich zu energischer Thätigkeit gegen England, insbesondre zur Besetzung Hannovers aufgefordert,

um es, wie jetzt erwiesen ist, dadurch zum Frieden zum zwingen. Er seinerseits lehnte die Besetzung Hannovers entschieden ab, da ihm alles darauf ankam, sich inmitten der Mächte zu behaupten und den allgemeinen Frieden zu sichern. Die französische Politik aber, das stellte sich immer klarer heraus, wollte Preußen nur zum Angriff auf die deutschen Besitzungen des englischen Königshauses benutzen, ohne als Gegenleistung einen ernstern Schutz gegen die feindlichen Absichten Oesterreichs und Englands zu bieten. Gleichzeitig verfolgte Maria Theresia beharrlich den Plan, ein Bündnis mit Frankreich einzugehen und die unerschöpflichen Hilfsquellen des mit Frankreich verfeindeten britischen Reiches gegen Preußen auszubeuten. Das englische Rabinett wiederum suchte gegen Frankreich und Preußen eine Stütze in Oesterreich und Rußland und vereinbarte in dem Augenblicke, wo ein russisches Heer im englischen Interesse zum Einmarsch in Deutschland bereitstand, mit Friedrich den Vertrag von Westminster, der auch nach den neuesten Untersuchungen lediglich der Erhaltung des Friedens zu dienen bestimmt war. Er sollte den König vor einem großen Kriege mit Rußland und Oesterreich bewahren, sollte Rußen sowohl als Franzosen vom Einmarsch in Deutschland abhalten, sollte Oesterreich isoliren und ihm wie Rußland die englischen Geldmittel abschneiden, die den beiden Kaisermächten zu einem erfolgreichen Angriff auf Preußen unentbehrlich waren. Dabei schmeichelte sich Friedrich mit der Hoffnung, in einem Bündnis mit Frankreich bleiben zu können, und lebte des zuversichtlichen Glaubens, eine große, vermittelnde Stellung zwischen den Weltmächten errungen zu haben. Den Franzosen setzte er auseinander, daß er nicht anders handeln können, daß er sie durch die Konvention vor einem gefährlichen Kriege gegen Rußland bewahre, daß sie den Krieg gegen England besser zur See führten usw.

Der Anschluß an England mag als ein unheilvoller Fehler getadelt werden; erwiesen sich doch, wie die spätern Ereignisse lehrten, alle darauf gegründeten Berechnungen Friedrichs als falsch, wie denn überhaupt seine auswärtige Politik, am wenigsten in den Jahren vor dem Ausbruch des siebenjährigen Krieges, keinen allzu großen Anspruch auf Bewunderung machen kann. Aber Angriffsabsichten gegen Oesterreich und Sachsen schließt er völlig aus. Ebenso kann aus der Geringschätzung, mit der Friedrich über seine Gegner geurteilt haben soll, unmöglich ein Beweis für Angriffspläne hergeleitet werden. Friedrichs Politik vor dem Kriege „war argwöhnisch und leichtgläubig, kurzichtig und überstürzend, aber kriegsklütern war sie nicht. Und wenn der Geist der Geschichte den Historiker Friedrich später gefragt hat, nicht nur, was der Vertrag von Westminster bedeutet, sondern was er selbst sich im innersten Herzen bei seinem Abschluß gedacht habe, so durfte er ihm nur die Worte zeigen, mit denen er seinen Gesandten am 4. Januar 1756 instruiert hatte: er möge dafür sorgen, daß er nicht in einen Krieg verwickelt werde.“

Weiter führt Lehmann aus, Friedrich habe, gerade um seine Angriffs-

pläne den Engländern als Verteidigung erscheinen zu lassen, im Juli und August jene drei herausfordernden Anfragen nach Wien gerichtet, die vom militärischen Standpunkte aus schlechtthin unentschuldigbar waren, von denen die zweite der „Kriegserklärung nahezu gleichkam.“ Dies Frage- und Antwortspiel lasse sich nur dadurch erklären, daß sich der König habe Sachsen aneignen wollen. Auch das ist nicht richtig. Am 3. Juli kam ein Bericht des holländischen Geschäftsträgers in Petersburg, „dessen sachkundige Depeschen auf dem Berliner Postamt nach der internationalen Gepflogenheit jener Zeiten regelmäßig durchmustert wurden,“ in des Königs Hand, der die überraschende Nachricht brachte, daß die russischen Rüstungen eingestellt, daß die bereits ausgerückten Truppen auf dem Rückmarsche begriffen seien. Friedrich wußte sich diese Mitteilung nur dahin zu erklären, daß der Friede „vor dies Jahr“ noch gerettet sei. Bald darauf aber kamen Meldungen aus Hannover und Mecklenburg über umfangreiche Pferdeankäufe für österreichische Rechnung, Berichte seiner Gesandten und andre Nachrichten über den Fortgang der österreichischen Rüstungen. Um sich darüber Gewißheit zu verschaffen, ließ der König „die Leute da unten“ in Wien im Juli und August um Aufklärung bitten, insbesondre anfragen, ob ihm die Kaiserin die Zusicherung geben wolle, daß sie ihn weder in diesem noch in nächsten Jahre anzugreifen gedenke, und er hielt bis kurz vor seinem Einmarsch in Sachsen die Befehle zur Umkehr der Truppen bereit, in der Hoffnung, von Oesterreich befriedigende Antwort zu erhalten. Eine solche war auch keineswegs ausgeschlossen. Gewann man doch in Wien dadurch die nötige Zeit zu den angeblich bisher vernachlässigten Rüstungen und erlangte den Vorteil, selbst den Zeitpunkt für den Beginn des Krieges zu bestimmen.

Die militärische und finanzielle Unfertigkeit seiner Gegner war — das mußte sich doch Friedrich sagen, wenn er, wie Lehmann meint, gerade auf die Überzeugung von dieser Notlage der Feinde seinen Plan baute — ganz geeignet, die Kaiserin zur Nachgiebigkeit zu bestimmen. Und in der That wurde ihm noch nach der dritten Anfrage gemeldet, die Kaiserin werde seinem Gesandten eine befriedigende Antwort geben. Die Absicht, eine solche Antwort zu erteilen, ist auch im Räte der Kaiserin ernsthaft erwogen worden. Hätte Friedrich trotz einer günstigen Antwort seine Truppen nicht zurückgezogen, so hätte er sich selbst vor aller Welt als Friedensbrecher hingestellt. Er beschleunigte also durch die Anfragen in Wien nur die Gefahr, die unvergleichliche Gelegenheit zum Losschlagen selbst zu vernichten.

Bedeuteten die Anfragen wirklich den Krieg, so war es selbstverständlich, daß er in einer Weise geführt wurde, die den großen Endzweck, die Eroberung Sachsens, sicherte. Der König war also genötigt, selbst auf die Gefahr hin, daß die Franzosen noch in diesem Jahre das versprochne Hilfskorps senden konnten, nicht nur Sachsen zu besetzen, sondern auch Böhmen zu erobern — das bekanntlich gegen Sachsen ausgetauscht werden

solte —, er war genötigt, den Russen und Österreichern so empfindliche Niederlagen beizubringen, daß sie, die Preußen vernichten wollten, sich bereit erklärten, Böhmen abzutreten, daß der Kurfürst August und der König Georg durch die Macht der preußischen Siege so in Angst versetzt wurden, daß der eine sein Stammland dahingab, der andre und schließlich die gesamten Reichsfürsten ihre Zustimmung zur Vergrößerung Preußens um Sachsen und Westpreußen gaben — ein Erfolg, wie er wunderbarer nicht auszudenken war. Nach Lehmann hat der König alle diese notwendigen Erwägungen hintangesezt in der Selbsttäuschung, „das werde sich alles finden, wenn er nur erst das begehrte Sachsen militärisch in Händen habe.“ Das ist aber nicht die Art eines großen Staatsmanns. Nein, für einen Fürsten, der nur einen Notwehrkrieg wollte, gab es nach der ersten ausweichenden Antwort kein andres Mittel als den Krieg. Und diesen Ausweg, der in der Weltgeschichte keineswegs ohne Beispiel ist, hat Friedrich ergriffen. Für die angebliche Absicht, Sachsen 1756 zu erobern, können also die Anfragen gar nichts beweisen.

Hieran wird aber auch nichts geändert durch Friedrichs Verhalten in Sachsen nach dem Einmarsch. Er hat wiederholt den Versuch gemacht, sich mit dem sächsischen Kurfürsten zu verständigen; er hat den Mächten, die er um Vermittlung anging, die Räumung Sachsens angeboten; er hat seinem englischen Verbündeten, der die Eroberung Sachsens als Kurfürst von Hannover nicht dulden konnte, erklärt, er wolle das Land nicht behalten — alles Bemühungen um den Frieden. Die Belagerung Pirnas erklärt sich aus militärischen und diplomatischen Gründen. Seine sorgsame Verwaltung des Landes ist durchaus begreiflich, wenn er es in einem Kriege wirtschaftlich ausnutzen wollte.

Raum glaublich erscheint es, daß, wie Lehmann meint, der König die naive Hoffnung gehegt haben sollte, den Kurfürsten August davon zu überzeugen, daß der Tausch seines Stammlandes mit Böhmen in seinem eignen Interesse liege. Durch sein Zögern aber ging ihm gerade die kostbare Zeit verloren, die er — wenn er wirklich den Krieg der Eroberung halber begann — auf ganz andre Dinge verwenden mußte. Denn nicht von der guten Geminnung der Bewohner, von diplomatischen Verhandlungen mit dem Kurfürsten hing der Besitz Sachsens ab.

Das Entscheidende bilden bei Lehmann die Eroberungsgelüste, mit denen sich Friedrich vor wie nach dem Jahre 1756 getragen haben soll, die also — so folgert er — wenn man nicht an ein psychologisches Rätsel glauben wolle, auch 1756 in dem Augenblick der Abrechnung mit dem Todfeinde auf seine Entschließungen Einfluß gehabt haben müssen. Richtig ist, daß Friedrich an die Eroberung von Polnisch-Preußen, Schwedisch-Pommern, Mecklenburg, Süllich-Berg und namentlich Sachsen wiederholt und ernstlich gedacht, daß er sie zum Teil seinen Nachfolgern als dringend notwendig empfohlen hat. Ganz

abgesehen davon, daß die Rückerverbung von Westpreußen und Schwedisch-Pommern auch im deutschen Interesse lag, so wäre doch Friedrich nicht der sorgsame Staatsmann gewesen, der er war, wenn er nicht die Nachteile seines damaligen Reichs schmerzlich empfunden hätte. Reichte doch u. a. die Grenze des natürlichen Nebenbuhlers Sachsen fast unmittelbar an seine Hauptstadt heran und bedrohte, namentlich im Falle eines österreichischen Krieges, die Sicherheit des Staates. Es war also geradezu der Trieb der Selbsterhaltung — wir können heute über diese Dinge um so unbefangener sprechen, als sie längst der Geschichte angehören —, der Preußen zwang, fortwährend auf Eroberungen bedacht zu sein. In der Staatskunst und Völkerpolitik haben bekanntlich die Gefühle der Großmut, der Ritterlichkeit und der Romantik keine Geltung. Hier haben nur kluge Benutzung der günstigen Lage und Gelegenheit, praktische Berechnung der realen Verhältnisse und wirksames Eingreifen mit gewaffneter Hand Geltung und Erfolg. Auch Lehmann steht nicht an, den König in Bezug auf Sachsen mit seinen eignen Worten als *conquérant par nécessité* zu bezeichnen. Die Erkenntnis also von der Notwendigkeit jener Eroberungen hat Friedrich gehabt; das steht, seitdem das *Exposé du gouvernement* veröffentlicht ist (1848), fest. Zuzugeben ist auch, daß Friedrich im Sommer 1756 an die Erwerbung von Westpreußen gedacht hat. Mit aller Entschiedenheit aber muß bestritten werden, daß ein Einfluß dieser Bestrebungen auf Friedrichs Entschließungen im Sommer 1756 bemerkbar oder nachzuweisen sei.

Lehmann bringt, um seine Behauptung zu beweisen, eine Reihe von Einzelheiten und einige Äußerungen des Königs bei. Er sagt unter anderm, Friedrich habe schon 1752 und 1753 einen Krieg der Türken gegen Rußland und Österreich betrieben, 1754 gar die Franzosen zum Angriff auf Hannover und die Niederlande aufgefordert. Das beweise keine Friedensliebe. Darauf ist zu erwidern: Der Krieg der Ostmächte gegen die Türken sollte seinem Lande gerade den Frieden erhalten, und der französische Einfall in Hannover die Russen von seinen Grenzen fernhalten. Aber auch aus den bei Friedensverhandlungen zu Tage tretenden Plänen ohne weiteres auf die Ursachen des Krieges zu schließen, ist verfehlt. Man könnte sonst auch fragen, ob die Eroberung von Hannover und Elsaß-Lothringen der Zweck der Kriege von 1866 und 1870 gewesen sei. Insbesondere ist die Annahme Lehmanns, daß Friedrich im Herbst 1759, selbst mit Verlust seiner rheinischen Besitzungen und Ostpreußens, Sachsen gewinnen wollen, durch Koser und Vallieu mit voller Sicherheit zurückgewiesen worden. Der Fall ist so merkwürdig, daß wir bei ihm einen Augenblick verweilen wollen.

Als im Oktober 1759 der Abfall Frankreichs von dem Dreibunde bevorstand, über sandte der König seinem Gesandten in London einen Canevas, den er für den Fall von Friedensverhandlungen seinen Besprechungen mit dem Grenzboten III 1896

verbündeten England zu Grunde legen sollte. „Wir brauchen, so heißt es hier, eine Salbe für unsre Brandwunde, wenn das möglich ist. Man könnte entweder vorschlagen, daß jeder behält, was er beim Frieden besitzt, oder wenn man tauschen will, da (Ost-) Preußen und meine rheinischen Besitzungen bei weitem weniger wert sind als Sachsen, so müßte man an Äquivalente denken, sei es die Niederlausitz, sei es Westpreußen nach dem Tode des Königs von Polen, sei es irgend ein beliebiges andres Land, wenn es nur eine Salbe für die Brandwunde giebt. Der schlimmste Fall wird die Wiederherstellung des status quo vor dem Kriege sein.“ Diese Anweisung ist von Lehmann so aufgefaßt worden, als ob der König in erster Linie „gewollt habe, daß jeder beim Friedensschlusse das behalte, was er gerade besäße.“ Er habe also lieber seine rheinischen Länder den Franzosen (die sie damals besetzt hielten), Ostpreußen den offkupirenden Russen überlassen, als Sachsen (das er inne hatte) herausgeben wollen. Daß aber diese Auslegung den wirklichen Ansichten und Absichten des Königs nicht entspricht, zeigt unwiderleglich ein Schreiben Eichels, seines „vertrautesten und eingeweihtesten Kabinettssekretärs,“ das dieser am 14. November 1759 nach einer Audienz beim König an den Minister Zinkenstein gerichtet und worin er jene Vorschläge des Königs erläutert hat. „So viel ich habe verstehen können, schreibt Eichel, kann ich mir schmeicheln, daß alle diese Äußerungen gewissermaßen nur Probleme sind, die der König den Engländern hinwirft, um zu sehen, wie sie denken, und ob es nicht möglich sei, wenigstens Kopf oder Flügel zu erwischen; zweitens, um gleich von vornherein jeder Abtretung, die man vom Könige beanspruchen könnte, vorzubeugen; drittens wird der König an den Forderungen nicht hartnäckig festhalten und viertens nicht den Frieden davon abhängig machen; fünftens endlich, wenn nichts von alledem erreichbar ist, so wird das Ultimatum des Königs sein: keine Abtretung von seinen alten Besitzungen, sondern alles bleibt auf dem Fuße vor dem Kriege.“ Mit einleuchtender Klarheit ergiebt sich aus diesem Schreiben der eigentliche Sinn jener für England bestimmten Vorschläge, die wahre Absicht des Königs.

Nicht anders verhält es sich mit den Äußerungen Friedrichs aus dem Jahre 1756: der Instruktion für den General Lehwaldt und dem Briefe des Königs an seinen Bruder, den Prinzen August Wilhelm, vom 19. Februar. Lehwaldt erhielt in der That die Weisung, im Falle seine gehofften Siege Rußland demoralisiren würden, in den Friedensverhandlungen Westpreußen von den Russen als Siegespreis zu fordern. Der König war herzlich genug, gleich den günstigsten aller Fälle ins Auge zu fassen. Aber die Weisung selbst war nur für den Fall erteilt, „wenn es wirklich zum Kriege kommen sollte,“ wenn also die Russen zum Angriff vorgehen sollten. Von einem Angriffe Lehwaldts und folgeweise von einem freiwilligen Angriffskriege Friedrichs, der allein die gezogene Folgerung zuließe, ist in der Instruktion nichts zu

finden. Der Brief an den Prinzen aber handelt nur von der Mattsetzung Sachsens durch die Konvention von Westminster, „durch einen kleinen Federstrich,“ wie der König selbst sagt. Von einer „Vernichtung“ Sachsens ist keineswegs die Rede. „Das haben ausnahmslos alle Gelehrten erkannt, die sich mit diesem Briefe des Königs beschäftigt haben.“ Wenn irgendwo die Methode Lehmanns, „das Geheimnis als die quellenkritische Grundlage bei der Beurteilung der Friderizianischen Briefe anzunehmen, Berechtigung hat, so hier.“

Nach Lehmanns Darstellung hat Friedrich seine Eroberungsabsichten auf Sachsen vor aller Welt gecliffentlich verheimlicht. Selbst seine Gesandten erfahren nichts davon, werden vielmehr in dem Glauben an die friedlichen Absichten ihres Herrn erhalten. Und nun sollte er diesem Bruder gegenüber, den er bekanntlich nicht sonderlich schmeichelhaft beurteilte, „der sicherlich nicht das Maß von Verschwiegenheit hatte, wie es Friedrich in diesem Falle fordern mußte, von diesem Geheimnis in einem Tone sprechen, der voraussetzt, daß es dem Bruder längst bekannt war,“ und das in einem Briefe, der bestimmt war, den durch die Aussicht auf einen großen Krieg erschreckten Bruder zu beruhigen? „Er sollte dies Geheimnis dem Prinzen August Wilhelm mitgeteilt haben, während er den von ihm hochgeschätzten Prinzen Heinrich so vollkommen im Unklaren ließ, daß dieser von den friedlichen Absichten seines königlichen Bruders völlig überzeugt blieb? Sollte August Wilhelm mit Heinrich nicht darüber gesprochen haben?“

Weiter verweist Lehmann auf einen Brief Friedrichs aus dem Februar 1731, auf die beiden politischen Testamente von 1752 und 1768 und auf das Exposé du gouvernement von 1775. Dem Briefe aus der kronprinzlichen Zeit, „einem Stück jugendlicher Disputirlust,“ wird keine besondere Bedeutung beizumessen sein. Das Exposé erklärt die Erwerbung Sachsens für politisch notwendig, behandelt aber die ganze Frage ohne jede Beziehung auf ein bestimmtes Ereignis. Es darf ihm also auch keine auf ein beinahe zwanzig Jahre zurückliegendes Ereignis beigelegt werden. Wenn das Lehmann thut, so macht er sich eines argen Verstoßes gegen die historische Methode schuldig. Das Testament von 1768 kommt hier gar nicht in Betracht. Lehmann hat es augenscheinlich nicht gesehen, trotzdem behauptet er kühnlich, es enthalte an mehr als einer Stelle Hinweise auf die Erwerbung Sachsens. Ein Blick aber in die bisher, besonders von Reimann, daraus gegebenen Mitteilungen zeigt, daß nichts von alledem darin zu finden ist. Vor allem kommt es Lehmann auf das Testament von 1752 an, das bedauerlicherweise seinem vollständigen Wortlaute nach noch nicht veröffentlicht ist. Nachdem schon vor Jahren Ranke seine Publikation beanstandet hatte, ist sie neuerdings wieder durch das auswärtige Amt verhindert worden, der Wissenschaft zum Nachteil, dem Andenken des großen Königs wahrlich nicht zum Vorteil. Lehmann hat es im Berliner

Hausarchiv gelesen. Was wir aber daraus bei ihm erfahren, und was wir sonst darüber aus Ranke und Kofer wissen, ist von keiner Bedeutung für den Ursprung des siebenjährigen Krieges, enthält keinerlei Beweismaterial für Angriffspläne Friedrichs im Jahre 1756. Es versteht sich von selbst, und das giebt auch Lehmann zu, daß sich der König in diesem geheimen, nur für die Augen seiner Nachfolger bestimmten Schriftstücke der größten Wahrschamhaftigkeit befleißigt. In längerer Ausführung, keineswegs nur in der Überschrift, bezeichnet Friedrich seine Gedanken hier als *réveries politiques*. „Wie jeder Philosoph, sagt er, sich ein Vergnügen daraus macht, sein System aufzustellen und die abstrakten Dinge nach seinem Genie erörtert, so ist es auch dem Staatsmann erlaubt, sich an dem wüsten Wohl chimärischer Pläne zu erfreuern. Zuweilen können sie verwirklicht werden, wenn nämlich einige Generationen hintereinander denselben Zweck verfolgen und diesen zugleich den Nachbarn zu verbergen wissen.“

Friedrich knüpft die Erwerbung Sachsens oder dessen Eintausch gegen Böhmen an gewisse Bedingungen und Voraussetzungen — er denkt an einen österreichisch-russischen Krieg gegen Frankreich, die Pforte und Sardinien, er fordert eine Minoritätenregierung in England, einen ehrgeizigen und allmächtigen Minister in Frankreich —, von denen weder im Jahre 1756 noch bis heute irgend eine eingetroffen ist, einfach deshalb nicht, weil eine solche Verbindung von Verhältnissen in Europa undenkbar ist. Soweit das Testament bekannt ist, enthält es keine Spur von Angriffsplänen mit Ausnahme des Falles, wo die Ehre die Nachfolger zwingt, einen Krieg zu beginnen. Auch ist von den Feinden des Staates die Rede, denen gegenüber man Mittel suche, sich zu erhalten und das Übergewicht zu erlangen. Das preussische Heer sei achtbar, aber doch nicht zahlreich genug, den Feinden zu widerstehen, die das Land umgeben. Wohl seien die Einkünfte beträchtlich, aber es fehlten die Hilfsquellen im Falle der Not usw. Mit einem Wort, es handelt sich überall nur um die Verteidigung, nicht um den Angriff. Wie sehr der König auf die Aufrechterhaltung des Friedens bedacht ist, zeigen seine Worte: *Quoique nous puissions nous attendre de la guerre, mon système présent est de prolonger la paix, autant que cela se pourra sans choquer la majesté de l'État. Un coup d'éclat comme la conquête de la Silésie est semblable aux livres dont les originaux réussissent et dont les imitations tombent.*

Ein Dokument, wie das Politische Testament von 1752, das in solchem Maße Friedfertigkeit atmet, das so eindringlich vor einem neuen Kriege und einem neuen Unternehmen der Eroberung Schlesiens warnt, bietet keinen Raum für kriegerische Absichten des Königs im Jahre 1752 und ist nicht im mindesten geeignet, die Verdächtigung zu rechtfertigen, der Angriff des preussischen Königs im Jahre 1756 sei in der Absicht erfolgt, Sachsen zu erobern. Und doch nennt Lehmann das Testament die beweiskräftigste Aufzeichnung!

Die zahlreichen eignen Äußerungen Friedrichs über seine Bemühungen, den Frieden zu erhalten — die Lehmann unbeachtet läßt —, seine Beteuerungen, daß er wider Willen und nur aus Notwehr die Waffen ergriffen habe, die Versicherung im Anfang seiner Histoire, daß er sich unbedingte Wahrheit zum Gesetz gemacht habe, seine Aufrichtigkeit und innere Wahrhaftigkeit — das alles wird nach wie vor vollste Anerkennung finden. So steht die preussische „Legende“ vom Ursprung des siebenjährigen Krieges „als lautere, geschichtliche Wahrheit noch immer fest auf ihren Füßen.“ Der siebenjährige Kampf mit seinen schweren Fährnissen war ein Akt der Notwehr für Preußen, ein Verteidigungskrieg, und er blieb es, „auch wenn in seinem Verlaufe hie und da einmal der Augenblick eintrat, wo alte Lieblingsgedanken, lustige Träume ihrer Verwirklichung näher gerückt sein mochten,“ er war aber auch ein Rettungskampf für Deutschland und ward als solcher von tausend deutschen Herzen empfunden.

Das letzte Wort in dem Kampfe der Geister ist übrigens noch nicht gesprochen. Maudé beabsichtigt, den ganzen „Unterbau der wesentlichen Thatsachen,“ den Lehmann giebt, zu zerstören. Was er bisher in einem Aufsätze in dieser Richtung geleistet hat, entspricht vollständig den Erwartungen, die alle Freunde der geschichtlichen Wahrheit an seine Arbeit knüpfen. Zum Abschluß aber wird unser Urteil erst kommen, wenn Maudé den versprochenen Nachweis führt, daß die preussischen Rüstungen im Sommer 1756 hinter den österreichischen weit zurück waren und keineswegs auf Kriegsabsichten hindeuteten.



Zum siebenzigsten Geburtstag Friedrich Chryсандers



em einen oder andern Leser von Philippis „Kunst der Rede“ wird es vielleicht aufgefallen sein, daß in dem Abschnitt über die sprachgewaltigen Kunsthistoriker unsrer Zeit ein Mann nicht erwähnt wird, den man unter die blendendsten Stilisten des neunzehnten Jahrhunderts rechnen muß: Eduard Hanslick. Die Mehrzahl wird seinen Namen nicht vermissen, denn sie rechnet nicht ernstlich mit der Musikschristellerei und sieht sie nicht für voll an. Leider hat dieses Herkommen nur zu viel Berechtigung. Es giebt keinen zweiten Stand, der litterarisch so schlecht vertreten wäre, wie der Musikerstand. Seine Presse, die vor hundert Jahren vielversprechend einsetzte, steht heute, wenigstens für den, der sich an den Durchschnitt halten muß, nicht einmal auf der Höhe, die die